

Macht, Autorität und Legitimität in Zeiten des Lockdown (Dunja Larise)

Einleitung

„Nur eine Krise – eine real vorhandene oder eine wahrgenommene – bringt wirkliche Veränderungen hervor. Wenn eine Krise hereinbricht, hängen die Reaktionen darauf von den bereits vorhandenen Ideen ab.“ Dies ist ein Zitat des berühmten Ökonomen Milton Friedman. Obwohl dieses Zitat sich auf ökonomische Krisen bezieht, kann man die aktuelle globale Situation im Jahr 2020 wohl kaum besser beschreiben.

Bereits im ersten Satz treffen wir auf eine entscheidende Erkenntnis: Nach Friedmans Auffassung kann eine Krise tatsächlich vorhanden sein oder auch nur als solche wahrgenommen werden (Anmerk. der Übers.in: Beides mit demselben Effekt). Der Satz weist auch auf die Frage hin, ob ein aktuelles Ereignis wie eine globale Pandemie sich bereits zu einer umfassenden Krise entwickelt haben kann, bevor dies in der politischen und allgemeinen Öffentlichkeit wahrgenommen wird, oder anders formuliert: Lässt erst die Unfähigkeit eines Systems, ein Problem zu lösen, die Krise in der öffentlichen Wahrnehmung auftauchen?

Sowohl die Wahrnehmung einer Krise als eine solche, als auch die Entwicklung und Umsetzung angemessener Maßnahmen zu ihrer Eindämmung fallen in den Zuständigkeitsbereich der Politik und bedürfen entsprechender politischer Legitimation. Die Corona-Krise des Jahres 2020 demonstriert in nie dagewesener Deutlichkeit die komplizierte Beziehung zwischen Macht, Autorität und Legitimität. Andrew Heywood hat einmal bemerkt, dass Autorität Macht im Gewand von Legitimität sei. Während der aktuellen Krise wurde – deutlich wie nie – für jeden Bürger der Erde ersichtlich, was es heißt, wenn Autorität am Werk ist. Die Strategie, die zur Bekämpfung der Pandemie gewählt wurde, war ein historisch bislang einmaliger globaler Lockdown der sozialen und ökonomischen Reproduktion für eine zunächst unbestimmte Zeit. Dies produzierte eine weitere Krise, die jedoch erst dabei ist, sich zu entwickeln: Eine soziale und ökonomische Krise von noch nicht absehbarem Ausmaß. Dennoch schien es, als würden Politiker wie auch die links-liberale Öffentlichkeit (vor allem in den Industrienationen) mehrheitlich hinter dem Lockdown stehen.

Es kostet keine großen Mühen festzustellen, dass alleine der fehlende Zugang zu einer Basis-Gesundheitsversorgung jährlich mehr Menschenleben kostet, als die wütesten Spekulationen über die Covid-19-Mortalität vorhersagen könnten. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut oder zumindest für den freien Zugang zur Gesundheitsversorgung sind jedoch nicht ansatzweise so radikal, wie die Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19. Darüber hinaus wird für diese Maßnahmen nicht ein Bruchteil dessen ausgegeben, was der globale Lockdown kosten wird.

Aus der aktuellen Situation lassen sich daher einige Fragen ableiten:

- Warum gelang es ausgerechnet der Cov-19 Pandemie, eine solch radikale und beispiellos teure internationale Reaktion auszulösen und der globalen Erwärmung oder der globalen Armut, die im Vergleich mit Covid-19 sehr viel tödlicher sind, nicht?
- Von welchen Interessen wurde die politische Meinungsbildung bei der Auswahl der Strategien zur Pandemiebekämpfung geleitet?
- Welche Struktur
- hat die Autorität, die diese Strategien entwickelte und implementierte?

- Welche Art von Legitimation wurde genutzt um die damit verbundenen weitreichenden Entscheidungen zu rechtfertigen?
- Und schließlich: Wodurch / womit wurden die enormen ökonomischen und sozialen Kosten sowie die zeitweise Aussetzung grundlegender bürgerlicher Rechte legitimiert?

Die Antworten, die dieser Artikel zur Verfügung stellt, weisen auf einen Zusammenhang mit den spezifischen Machtverhältnissen im 21. Jahrhundert hin.

Im **ersten Kapitel** wird das **Foucaultsche Konzept der Pastoralmacht** herangezogen, um die Machtbeziehungen zu verstehen, die den globalen politischen Strategien der Pandemiebekämpfung zugrunde liegen. Diese Macht hat viele Gesichter. Sie besteht aus ökonomischem Kapital, vorgestellter sozialer Ordnung und institutionellen Rahmen.

Das **zweite Kapitel** untersucht **Angst als einen zunehmend bedeutsamen Faktor** der gesellschaftlichen **Selbstdisziplin** im Rahmen der „global governance“. Dieses Kapitel geht davon aus, dass das soziale Konzept von Angst in den letzten Dekaden einen historischen Wandel durchlaufen hat und sich von einem singulären Erscheinen zu einem Dauerzustand entwickelt hat.

Das **dritte** und letzte **Kapitel** analysiert **Autorität im Bereich der Macht und der Legitimität**. Es zeichnet die Beziehung zwischen supranationalen regulatorischen Körperschaften und nationalen Regierungen nach – insbesondere im Spannungsfeld einer wissensbasierten Weltpolitik und nationalen Sicherheitsbedürfnissen, die mit dem Ausbruch der Pandemie auftraten. Darüber hinaus zeigt es sowohl die Strategien als auch die diskursiven Strukturen auf, die zur Rechtfertigung dieser beispiellosen Abriegelungsstrategie dienen. Einer Strategie, die obwohl sie schwere Verletzung der bürgerlichen Freiheiten und enorme soziale Kosten für die wirtschaftlich schwächsten Bevölkerungsgruppen mit sich brachte, dennoch eine breite Unterstützung in der Bevölkerung mobilisieren und dissonante Stimmen für einige Zeit relativ ruhig halten konnte.

Die Verfasserin behauptet, dass in diesen Strategien und ihrem (vorübergehenden) Erfolg zwei Muster erkennbar sind: zum einen der Sieg der Fetischisierung der Technik, zum anderen der Ausbau des Expertentums und einer technokratischen Global Governance, die sowohl den Reichtum als auch die Macht der neoliberalen demokratischen Ordnung untermauert. Ferner zeigt sich, dass die Rawlssche Ethik die geeignetste und am besten an die neoliberalen Global Governance angepasste Moral ist. Es zeigt auch, dass diese liberale westliche Ethik es schaffte, die Lockdown-Entscheidung selbst in Ländern durchzusetzen, die mit ganz anderen sozialen Fragen konfrontiert sind.

1 Macht und Prioritäten

Es scheint, dass die zur Auswahl stehenden Alternativen, die der Öffentlichkeit im März 2020 präsentiert wurden, nicht ansatzweise so eindeutig waren, wie behauptet wurde. Es ging nicht um die Wahl zwischen Leben und dem Ende der Menschheit. Es gab niemals auch nur den geringsten Verdacht, dass Cov-19 das Überleben der Menschheit bedrohen könnte. Es war eine (zeitweise) Wahl zwischen Gesundheit und Freiheit. Die Entscheidung fast der gesamten Welt, angeführt von China und den westlich-liberalen Demokratien in seltener Einigkeit, war ein kompletter lockdown des öffentlichen Lebens, begleitet von starken Beschränkungen persönlicher Zusammentreffen und der Bewegungsfreiheit. Diese radikale und kostenintensive Strategie wurde als alternativlos dargestellt. Es hätte natürlich Alternativen gegeben, wie z.B.

einen partiellen Lockdown für besonders vulnerable Gruppen, von denen schon recht früh feststand, dass es sich um die Älteren und die chronisch Kranken handelte.

Die Gründe für die fast einhellige globale Akzeptanz des kompletten Lockdowns als Mittel gegen die Pandemie sind unterschiedlich und werden im nächsten Kapitel eingehender betrachtet. Im Augenblick wollen wir einen genaueren Blick darauf werfen, wie Regierungen es schafften eine solch unüberlegte Strategie anzurufen, die mit Sicherheit zu einer großen ökonomischen und sozialen Krise führen wird, und dabei nicht einmal zu behaupten, dass dies die Pandemie auf jeden Fall stoppen würde. Zu Beginn war recht deutlich, dass der Lockdown lediglich eine Überlastung der nationalen Gesundheitssysteme verhindern sollte, die durch die neoliberalen Reformen der letzten Jahrzehnte bereits stark angeschlagen waren.

Wenn es um die Verhängung radikaler Maßnahmen gegen die Bevölkerung geht, sind autoritäre Regime weitaus effektiver als demokratische, denn sie sind nicht auf die Zustimmung der Bevölkerung angewiesen. Mit anderen Worten: Sie müssen nicht Angst und Panik schüren, um Leute einzuschließen. Für Demokratien dagegen ist die Mobilisierung von Angst entscheidend, um Zustimmung für radikale Maßnahmen jeglicher Art zu bekommen. Im Falle des COVID 19 Lockdowns wurde die Unterstützung der Bevölkerung für die radikalen Einbrüche in die Grundfreiheiten und das wirtschaftliche Wohlergehen durch eine giftige Fusion aus Angst und moralischer Erpressung herbeigeführt. Beide wirkten auch sehr gut als Maßnahmen zur Selbstdisziplinierung.

Michel Foucaults Konzept der Pastoralmacht gibt uns das Werkzeug, um die Mechanismen dieser Konsensbildung zu verstehen, die im März 2020 eingesetzt wurden. Pastoralmacht ist für Foucault ein Hilfsmechanismus der disziplinierenden Macht. Pastoralmacht versteht Foucault als eine produktive Kraft, die [vereinfacht gesagt Subjekte dazu bringt, freiwillig das zu tun, was sie im Sinne der (neoliberalen) Gesellschafts-Ordnung tun sollen]. Anm: Satz in eckigen Klammern von der Übersetzerin.

Pastoralmacht ist ein charakteristisches Merkmal des liberal-demokratischen politischen Systems, in dem Menschen sich selbst regieren sollen. Diese Selbstverwaltung bedeutet jedoch nicht, dass sie nicht institutionellen politischen Machtverhältnissen unterworfen sind. Pastoralmacht setzt auf Selbstdisziplin statt Zwangsgewalt. In diesem Sinne hat eine Pandemie das Potenzial zur Disziplinierung und Selbstdisziplinierung auf einer imaginären Ebene.

Wenn wir das Imaginäre im Kant'schen und sogar Lacan'schen Sinne als eine notwendige und unausweichliche Brücke zwischen der Realität und unserem Verständnis der Realität verstehen, wird die Foucaultschen Pastoralmacht auf unsere historische Existenz anwendbar. (...) In seiner Analyse der Funktion und des Wesens der Pastoralmacht greift Foucault auf die Pest zurück:

„Die Pest als eine zugleich reale und imaginäre Form der Störung hatte als ihre medizinische und politische Entsprechung die Disziplin“, und weiter: „Die von der Pest heimgesuchte Stadt, durchsetzt von Hierarchie, Überwachung, Beobachtung, Beschreibung; die Stadt, die durch eine weit reichende Macht über jeden einzelnen Bewohner zum Stillstand gekommen ist – das ist die Utopie der perfekt regierbaren Stadt. Die Pest kann als Versuch betrachtet werden, Disziplinargewalt in idealer Weise auszuüben.“

Um eine Disziplinargewalt auszuüben, ist ein institutioneller Zwangsapparat von zentraler Bedeutung. Damit aber Menschen die Macht verinnerlichen, ist auch eine imaginäre Form notwendig. Diese imaginäre Form, die Foucault im Zusammenhang mit der Pest erwähnt, ist diejenige, die auch in Zusammenhang mit Covid-19 zentrale Bedeutung hat.

Drei zentrale Eckpfeiler unterstützten die Entwicklung dieser imaginären Macht:

1. Die Mobilisierung von Angst um die Gesundheit und letztendlich das eigene Leben,
2. ein ungehinderter Glaube an die wissenschaftlichen Erkenntnisse verbunden mit dem Glauben an die Unparteilichkeit der Experten und ihre Unabhängigkeit von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Kapital und schließlich
3. eine selbstdisziplinierend wirkende moralische Erpressung unter Berufung auf Verantwortung gegenüber einer selektiven und klassenblinden Definition gefährdeter Gruppen.

Eine weitere langfristige Auswirkung dieser Krise wurde bereits von den Mainstream-Medien als „neue Normalität“ beschworen. Sollten die Sofortmaßnahmen, die sich im Falle von Covid-19 bewährt haben, nicht jedes Mal aufgerufen werden, wenn ein neues Virus mit einer gewissen Letalität auftaucht? Und wenn nicht, warum nicht?

Noah Harari bemerkt dazu: „Viele kurzfristige Notmaßnahmen werden zu einem festen Bestandteil des Lebens. Das ist die Natur von Notfällen. Sie beschleunigen historische Prozesse. Entscheidungen, die in normalen Zeiten Jahre brauchen, werden zu einer Angelegenheit von Stunden. Nicht ausgereifte und sogar gefährliche Technologien werden in Betrieb genommen, weil die Gefahr des Nichtstuns (angeblich) größer ist. Ganze Länder dienen als Versuchskaninchen in groß angelegten sozialen Experimenten. Was passiert, wenn jeder von zu Hause aus arbeitet und nur über Distanzen kommuniziert? Was passiert, wenn ganze Schulen und Universitäten online gehen? In normalen Zeiten würden Regierungen, Wirtschaft und Bildungsinstitutionen solchen Experimenten niemals zustimmen. Aber dies sind keine normalen Zeiten.“ (Harari, Yuval Noah. „The world after Corona Virus“. *The Financial Times*. March, 20. 2020)

2. Angst

Als Reaktion auf eine Bedrohung ist seit ewigen Zeiten die Angst ein Begleiter des menschlichen Geistes. (...)

Angst ruft das Gefühl hervor, in einem Moment der Belagerung gefangen zu sein, der ein Handeln erfordert. Das ist der gemeinsame Nenner von Sehnsucht (? Original: desire) und Angst. Die Eigenschaft, dass sie sowohl Entscheidung als auch Handlung brauchen um überwunden zu werden, ist das, was sie letztlich politisch macht. Die Notwendigkeit des Handelns, die sie mit sich bringen, ist in die Struktur der Macht in jeder Gesellschaft geschrieben

Angst lähmt in einem Moment, der aktives Handeln erfordert. (...) Das Merkmal, dass es zur Überwindung von Angst eine Entscheidung und der entsprechenden Handlungsfähigkeit bedarf, ist es, was sie letztlich politisch macht, denn Handlungsspielräume sind mit den Machtstrukturen einer Gesellschaft auf das Engste verbunden.

Die „Verwaltung“ der Angst ist eingebettet in Machtstrukturen und sie hat im Verlauf der Menschheitsgeschichte verschiedenste Formen angenommen. Die allgegenwärtige

Möglichkeit einer plötzlichen Katastrophe gab der Angst nicht nur individuellen, sondern auch einen sozialen Sinn. In der Regel war es jedoch ein vorübergehendes Ereignis, etwas, das plötzlich über die Gesellschaft hereinbrach und sie nach einiger Zeit entweder vernichtet hatte oder besiegt worden war. In den Kämpfen verbunden mit der neoliberalen Globalisierung ist die Angst durch die mediale Verbreitung von Katastrophen zum Hintergrund geworden, vor dem sich unser tägliches Leben abspielt.

"Die Verwaltung der Angst bedeutet auch, dass die Staaten versucht sind, eine Politik zur Orchestrierung und Verwaltung von Angst zu entwickeln. Die Globalisierung hat nach und nach die traditionellen Vorräte der Staaten (vor allem des Wohlfahrtsstaates) aufgezehrt, und die Staaten müssen die Bürger davon überzeugen, dass sie (trotzdem?) ihre physische Sicherheit gewährleisten können. Eine doppelte Gesundheits- und Sicherheits-Ideologie hat sich etabliert, die eine echte Bedrohung für die Demokratie darstellt. In diesen Begriffen ist Angst keine Erscheinung mehr; sie ist kein Ausnahme- und Übergangszustand, sondern eine "Umgebung". (Paul Virilio, *The Administration of Fear* Cambridge: The MIT Press, 2012: 15)

Um eine wachsende Bevölkerung unter den Bedingungen des Verschwindens des souveränen Staates, seines Monopols über die Anwendung legitimer Gewalt, der Aushöhlung seiner Zuständigkeit für die Herstellung von Währung oder der Bereitstellung notwendiger Infrastruktur, zu regieren, ist beständige Angst unerlässlich geworden. Die Verfestigung der Angst als Begleiterscheinung und als Umwelt einer neo-feudalen Segmentierung der Herrschaft wird damit zu einem sich selbst erhaltenden Merkmal globaler Governance im 21. Jahrhundert. Mit Bezug auf die Geschichte kann man jedoch sagen, dass die Herrschenden selbst dem blindesten Gehorsam mit Misstrauen begegneten, weil sie hinter ihm immer auch eine potenzielle Subversivität vermuteten oder eine versteckte Abneigung, sich vollständig zu fügen. Dieses Potenzial für Subversivität verschwindet allerdings gänzlich, wenn sich der Gehorsam zu einer einvernehmlichen Zusammenarbeit entwickelt.

Hannah Arendt betrachtet die Natur des Menschen in der Moderne im Sinne des Wachses der Privatsphäre und der „Modellierung aller menschlichen Beziehungen nach dem Vorbild des Haushalts“ und infolgedessen die Erhebung des „Lebens selbst“, des biologischen Lebens, auf die Ebene des höchsten Wertes in der Moderne. Diese Fetischisierung des „Lebens selbst“ wird in der Postmoderne noch deutlicher betont, die, wie Leser von Frederik Jamesons wissen, nichts als die kulturelle Logik des Spätkapitalismus ist.

Für die moderne Politik hatte biologisches Leben (oder unser Existenzrecht) schon immer Priorität vor Lebensqualität (unserem Recht auf ein gutes Leben). Unsere derzeitigen sozioökonomischen Systeme basieren auf diese Priorisierung, wie auch die gesamte liberale politische Philosophie.

Der italienische Philosoph Giorgio Agamben hat ausführlich über die Frage des konzeptionellen Unterschiedes zwischen „Zoe“ und „Bios“ geschrieben – in der altgriechischen Philosophie fast gegensätzliche Konzepte. Das erste steht für das „biologische Leben“ als nackte Existenz, die allen Lebenden gemeinsam ist, im Gegensatz zu einem „Bios“ dem bewussten Leben in der Gesellschaft, einem „guten Leben“, auf dem die griechische politische Philosophie gründete. Im März 2020 gab Agamben folgende kurze Notiz heraus, um seine

Besorgnis über die politische Strategie zur Bekämpfung der COVID 19-Pandemien auszudrücken:

„Angst ist ein schlechter Ratgeber, aber sie lässt viele Dinge zum Vorschein kommen, die man vorgab, nicht zu sehen. Das Problem ist nicht, Einschätzungen über die Schwere der Krankheit zu bekommen, sondern über die ethischen und die politischen Folgen der Epidemie. Das erste, was die Welle der Panik zeigt, ist, dass unsere Gesellschaft an nichts anderes mehr glaubt, als an das nackte Leben. Es ist offensichtlich, dass die Italiener bereit sind, praktisch alles der Gefahr, krank zu werden, zu opfern: die normalen Lebensbedingungen, soziale Beziehungen, Arbeit, sogar Freundschaften, Zuneigungen und religiöse und politische Überzeugungen. Das nackte (Über-)Leben – und die Gefahr, es zu verlieren – ist nichts, was die Menschen verbindet, sondern es macht sie blind und trennt sie. Andere Menschen werden nur noch als potentielle Krankheitsüberträger gesehen. Diese muss man um jeden Preis meiden und mindestens einen Meter Abstand zu ihnen halten.“ (Giorgio Agamben, „Clarifications“. Blog by Adam Kotsko: Tuesday, March 17, 2020.<https://itself.blog/2020/03/17/giorgio-agamben-clarifications/>)

Die Notiz provozierte eine Lawine negativer Reaktionen aus dem gesamten Spektrum der akademischen Positionen, die zu zahlreich sind, um hier im Einzelnen wiedergegeben zu werden. (...) Ihm wurde vorgeworfen, das „Reale“ der Gefahr zu ignorieren. Fragen danach, wer entscheidet und an welchen Maßstäben sich Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die Gesellschaft orientieren sollten, waren relativ selten.

Jean Luc Nancy erinnert uns in seiner Kritik an Agambens Feststellung, dass Regierungen alle möglichen Vorwände nutzen, um Ausnahmezustände zu etablieren, daran, dass Agamben versäumt (zu konstatieren?), dass die Ausnahme tatsächlich zur Regel wird in einer Welt, in der technische Vernetzungen aller Art (Bewegung, Transfers jeder Art usw.) eine bisher unbekannte Intensität erreichen, die im gleichen Maße wächst wie die Bevölkerung. In den reichen Ländern beinhaltet diese Bevölkerungszunahme eine längere Lebenserwartung und damit eine Zunahme der Zahl älterer Menschen und generell der Menschen, die von dieser besonderen Bedrohung betroffen sind.“ (Jean-Luc Nancy, „Viral Exception“, *European Journal of Psychoanalysis*, Special Edition: Coronavirus and philosophers, 2020)

Was Nancy nicht ausspricht, ist, dass es andere Risiken gibt, wie globale Armut oder Klimawandel, die eine größere Bedrohung für die Menschheit und sogar für das gesamte Leben auf der Erde darstellen, als COVID 19 Pandemien. Dennoch gibt es diesbezüglich eine eher zögerliche Einigung über Abhilfe, geschweige denn eine rasche globale Einigung auf notwendige Maßnahmen. Maßnahmen die notwendigerweise ein Umdenken, Überdenken und Umgestalten des weltweiten Systems der gesellschaftlichen Reproduktion, das auf kontinuierlicher, sich ständig steigernder Produktion und Akkumulation beruht, einschließen.

Die zweite Frage betrifft die Art und die Definition des Risikos. Risiko ist keine historisch feste Kategorie wie Tod oder Krankheit, sondern ein sich wandelndes, historisch abhängiges Konzept. In diesem Konzept spiegeln sich die besonderen historischen Beziehungen zwischen der Realität, in der die Menschen leben, und der Einschätzung ihrer Situation sowie ihrer Prioritäten. Ein Konzept des Risikos hatte schon immer eine enge Verbindung zur Hierarchie der Bedeutung und Werte, die ihre Prioritäten bestimmen.

Für jemanden, der in den Krieg zieht, ist das Risiko, sein biologisches Leben zu verlieren, enorm. Dennoch zogen die Menschen seit Urzeiten in Kriege, weil sie ihre Freiheit, Nationalität, Religion usw. schätzten, mehr sogar als ihr eigenes Leben. Auch wenn dies ein Extrembeispiel ist, die Risikobewertung und die Entscheidung über die Prioritäten in ihren Kontexten sind es, was die Struktur des menschlichen Lebens und Handelns bildet. Die Risikobewertung als solche ist eine alltägliche Aushandlung zwischen dem Menschen und seiner Umwelt. Da sie keine feste transhistorische Essenz besitzt, handelt es sich um eine Kategorie, die im Wesentlichen politisch ist (also abhängig von der und eingebunden in die jeweils vorhandene gesellschaftspolitische Realität, Anm. d. Übers.in), da sie radikal umstritten ist, und den Machtverhältnissen unterliegt. Die gesellschaftliche Akzeptanz der jeweiligen Risikobewertung ist demnach nicht abhängig von Art und Ausmaß der Gefahr, sondern vielmehr das Ergebnis der Neuverhandlung sozialer Prioritäten, die nicht für alle Mitglieder der Gesellschaft gleich sind, weder individuell, noch schichtspezifisch.

3 Wissensgesellschaft und liberale Ethik

Die gesellschaftlichen und ethischen Vorstellungen, welche die Darstellung und den Umgang mit dieser Pandemie geprägt haben, sind am deutlichsten sichtbar in der Art und Weise, in der die Wissenschaft aufgerufen worden ist, Erlösung anzubieten. Die Wissenschaft hat mittlerweile die Religion als Autorität abgelöst. Der Glaube an wissenschaftliche Objektivität, in der - nota bene - nur die Naturwissenschaften den Status einer unhinterfragten Autorität bekamen, etablierte sich im 19. Jahrhundert.

(...)

Der neue Szentismus (Wissenschaftsgläubigkeit) strebte danach, die Religion als dominante Kraft abzulösen. Insofern war er politisch und niemals wertfrei, obwohl diese behauptete Wertfreiheit der entscheidende Faktor für die allgemeine Akzeptanz seiner Legitimität war. (...)

Während des kalten Krieges, dienten die Sozialwissenschaften strategischen Zwecken und die Bekämpfung des Marxismus gehörte zu den wichtigsten. (...)

Der Kampf zwischen Wissenschaft (= Naturwissenschaft) und Ideologie (= Marxismus) war konstitutiv für den kalten Krieg und die Auswirkungen dieses Kampfes auf die spätere Hegemonie der konservativ-liberalen Demokratien von den 1990er Jahren an, kann gar nicht überschätzt werden.

Was im 19. Jahrhundert als „Szentismus“ begann, ist zu einem der zentralen Eckpfeiler der globalen politischen Ökonomie des 21. Jahrhunderts geworden. Die Globalisierung und steigende Bedeutung von supranationalen Gremien, Institutionen, Abkommen und Finanzakteuren haben das Feld für ein neues System supranationaler Global Governance bereitet, das den modernen souveränen Staat als einzige Instanz der Macht und Autorität auf einem bestimmten Territorium (teilweise) ersetzt.

Die neuen supranationalen Institutionen gewannen in einer globalisierten Welt eine nie dagewesene Macht, indem sie nach und nach wesentliche Vorrechte der modernen Staaten übernahmen. Allerdings können sie sich nicht auf die gleiche Autoritätsstruktur wie die modernen souveränen Staaten stützen. Dafür fehlen der globalen Governance zwei zentrale Säulen der Autorität, die das Vorrecht des modernen Staates waren: Zwangsgewalt und

demokratische Legitimität. Trotz einiger Versuche zur Schaffung supranationaler Streitkräfte, verlassen sich supranationale Organisationen und Abkommen immer noch stark auf nationale Polizeikräfte, selbst wenn diese private Militärfirmen einsetzen. Das andere Problem ist die Legitimität. Die meisten Akteure in der Global Governance sind keine gewählten Gremien oder Abkommen die keiner oder nur einer geringen öffentlichen Kontrolle unterliegen und so gut wie vollständig intransparent sind, so dass die traditionellen Modelle der Legitimität qua Mehrheitsentscheidung und demokratischer Kontrolle durch andere Narrative ersetzt werden mussten.

Eines der etablierten Modelle der neuen Legitimität im 21. Jahrhundert ist das wissenschaftliche Wissen. Die Institutionen, die für sich in Anspruch nehmen, es zu vertreten, sind zu wesentlichen Akteuren in der neuen globalen politischen Ökonomie geworden. Internationale Organisationen, Denkfabriken, international operierende private Institute sind sowohl zu Regelsetzern als auch zu Legitimationslieferanten für nationale Regierungen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung. Im Fall der politischen Reaktionen auf die Pandemie COVID 19 haben die WHO und Neil Ferguson vom Imperial College in London einen enormen Einfluss auf die nationalen Antworten auf die Pandemie.

Im Zusammenhang mit der globalen COVID 19-Krise waren in Bezug auf diese unbestrittene Autorität der "wissenschaftlichen Expertise" zwei Punkte auffällig.

Der erste ist, dass höchst einflussreiche Institutionen wie die WHO grob falsche Schätzungen über die Sterblichkeitsraten abgegeben haben (auch bei mehreren früheren Pandemien), was ernsthafte Fragen über ihre wissenschaftliche Strenge und Unparteilichkeit aufwirft.

Der zweite Punkt ist die Frage nach der wissenschaftlichen Objektivität und damit nach der Unparteilichkeit der sogenannten Experten, die zunehmend die politische Entscheidungsfindung auf nationaler und supranationaler Ebene beeinflussen. Um Legitimität zu genießen, muss die Unparteilichkeit der Experten von der Öffentlichkeit als gegeben angesehen werden, und ihre Entscheidungen müssen sich ausschließlich auf die wissenschaftliche Objektivität und das öffentliche Interesse stützen. Die Figur des Experten als Mitglied einer Expertenkommission mit der Fähigkeit, Gesetzesvorschläge oder -entwürfe zu machen (wie im Fall der Europäischen Kommission) wird allgemein als die Fähigkeit einer fast unmenschlichen Entität angesehen, die sowohl über persönliche als auch Gruppeninteressen erhaben und immun gegen Belange wie Macht und Geld ist. Diese Vorstellung könnte falscher nicht sein. Unzählige Fälle von Experten in öffentlichen Ämtern haben gezeigt, dass Parteilichkeit und Besitzstandswahrung nicht die Ausnahme, sondern die Regel innerhalb der Experten-Kommissionen sind.

Nicht nur Wissenschaftler, sondern die Wissenschaft selbst wird in der neoliberalen Welt zu einem Erfüllungsgehilfen der Technik und Industrie mit dem alleinigen Ziel, Profite zu erzielen. Ein Beispiel ist die pharmazeutische Industrie, die die entwickelten Länder mit Behandlungen versorgt die nicht mehr zur Heilung, sondern nur noch zur Abschwächung der Auswirkungen der chronischen Pathologien dient, die meist mit der modernen Lebensweise zusammenhängen, und die Patienten für den Rest ihres Lebens von ihren Behandlungen abhängig macht. Die pharmazeutische Wirtschaft ist eines der lukrativsten Geschäfte der Welt mit einem Jahresumsatz von über einer Billion Dollar, wovon 45% auf den US-Markt und weitere 20% auf den europäischen Markt entfallen. 80% aller verkauften Medikamente sind Markenmedikamente, die weit außerhalb der Reichweite des Durchschnittsmenschen in der

dritten Welt liegen. Es liegt auf der Hand, dass solche mächtigen Interessen sowohl die Wissenschaft als auch als auch die Wissenschaftler beeinflussen. Anders gesagt: Der blinde Glaube an die Freiheit der Wissenschaft und damit die Übertragung von politischer Entscheidungsmacht - die in klassischen Demokratien immer ein Vorrecht der demokratisch gewählten "Volksvertreter" war - auf die Experten und Expertenkommissionen bedeutet auch, dass sich die Eigenverantwortung des Einzelnen auf das verantwortungsvolle Befolgen von Expertenratschlägen reduziert.

John Rawls formte seine liberale Ethik als Antwort auf die vorherrschende utilitaristische Ethik in den frühen 1970er Jahren. Der Utilitarismus war die Ethik, die für die Mehrheit entworfen wurde. Er besagt, dass ethische Entscheidungen gerecht sind, wenn sie das größte Gut für die größte Zahl erzeugen. Die Rawls'sche Ethik behauptet dagegen, dass Entscheidungen gerecht sind, wenn sie den Benachteiligten zugute kommen. Sie ist in erster Linie eine Ethik der Institutionen, die sich mit sozialer Gleichheit im Sinne von Fairness beschäftigt.

Nach Rawls sind die Handlungen der Institutionen nur insofern gerecht, als ihre Entscheidungen zum Vorteil der am wenigsten Begünstigten getroffen werden. Die Rawlssche Ethik ist zur dominanten Ethik der Postmoderne geworden, vor allem wegen ihres Potenzials, sich als liberaler Ausgangspunkt für die postkolonialen und postgeschlechtlichen Narrative anzubieten. Narrative, die jeweils eine liberale Ethik mit einem Schwerpunkt auf den Benachteiligten benötigten.

Die Probleme ergaben sich, als es darum ging, die Benachteiligten zu definieren. Ist jemand, der zum Beispiel mit körperlichen Behinderungen geboren wurde, aber in einer wohlhabenden Familie der ersten Welt lebt, mehr oder weniger benachteiligt als die körperlich fitte Person, die in Armut geboren und aufgewachsen ist? Oder gibt es vielmehr eine hierarchische Ordnung von Nachteilen, die ein Entscheidungsträger als Kompass bei der Beurteilung des Nutzens seiner moralischen Entscheidungen nehmen kann?

Ein weiterer Streitpunkt und eine potenzielle Uneinigkeit wird von Rawls selbst geäußert: Damit Gerechtigkeit als Fairness funktionieren kann, muss eine Art von Legitimität vorausgesetzt werden: „Eine Praxis wird von den Parteien als fair empfunden, wenn keine Partei das Gefühl hat, dass sie oder eine andere Partei durch die Teilnahme an dieser Praxis ausgenutzt oder gezwungen wird, Forderungen nachzugeben, die sie nicht als legitim ansehen.“ (John Rawls, „Justice as Fairness,“ *Philosophical Review* 67, (1958): 1909)

In der COVID 19-Krise stießen wir auf die gleichen Probleme, die der Rawls'schen Ethik innewohnen. Wie definieren wir gefährdete Gruppen? Bezuglich Covid-19 hat sich dies anhand der Todesfälle gezeigt, die insbesondere ältere Menschen und Menschen mit schweren chronischen Vorerkrankungen trafen. Die institutionelle Politik und die Mainstream-Medien haben unablässig betont, dass die globale Abriegelung der sozialen und ökonomischen Reproduktion dem Schutz dieser verletzlichen Gruppen dient. Es schien, dass während des COVID 19 Lockdowns, die Alten und chronisch Kranken ein Monopol auf den Titel der verletzlichen Gruppen gehabt hätten. Die in Bezug auf die Auswirkungen der Maßnahmen vulnerablen Gruppen dagegen wurden zum größten Teil ignoriert. Die Mainstream-Politik hat den bloßen Versuch, die ethischen Vor- und Nachteile der totalen Abriegelung abzuwägen, als eine Beleidigung der Moral und eine offene Befürwortung des Mordes an Alten und chronisch Kranken dargestellt. Wie Matthieu Daviaud treffend feststellte: "Wir können uns also weiterhin bescheiden weigern, das Für und Wider zwischen sofortigem Schaden und verzögertem Schaden abzuwägen, weil Bilder von Krankenhäusern, die mit unseren wenigen Tausend Patienten gesättigt sind, eindrucks voller sind als die Welle von

Millionen von Armen, die langsam in Gleichgültigkeit sterben. Die Tatsache bleibt, dass Ungleichheit tötet und töten wird – viel heimtückischer und viel massiver, als es das Coronavirus je tun wird. Für diejenigen, die sich also dafür entscheiden, weiterhin mit dem Präsidenten des französischen Wissenschaftsrats zu denken, dass die Nichteinhaltung der Abriegelung einem kollektiven Selbstmord gleichkommt, schlagen wir vor, nach Indien oder Nigeria zu gehen und zu sehen, ob es nicht eher die Anwendung ist, die als solche bezeichnet werden kann.“ (Matthieu Daviaud, “Pandémie: Est-ce venu l’ère du technicisme?” *La-Philo*, https://laphilosophie.com/pandemie-technicisme#1_Du_refus_de_mourir)

Fazit

COVID 19 Krise ist nicht zu verstehen als eine Frage der Ansteckung, eines Gesundheitsrisikos oder gar eines Risiko für das biologische Überleben, sondern als eine umfassende soziale und wirtschaftliche Krise, die in erster Linie durch die politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Eindämmung der Ausbreitung des Virus verursacht ist. Es war die Abriegelung, welche die Pandemie zu einer globalen sozialen und wirtschaftlichen Krise machte. Neben der Mobilisierung von Angst und einer beispiellosen Zurschaustellung von Autorität durch die "wissensbasierten Institutionen" und ihrer Experten, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen, haben wir auch einen Siegeszug der liberalen Rawls'schen Ethik erlebt. John Rawls formte seine durch und durch liberale Ethik als Antwort auf die zuvor vorherrschende utilitaristische Ethik. Seine Ethik wurde die Ethik des neoliberalen Zeitalters. Es ist eine Ethik der Institutionen, die soziale Ungleichheit mit Fairness „behandeln“, mit dem Schutz der Benachteiligten, die in flexiblen Begriffen definiert werden.

Auch die politischen Entscheidungen der supranationalen Institutionen und führenden Länder der Welt fokussierten hauptsächlich auf die für die entwickelte Welt relevanten Themen und dementsprechend auf Gesellschaften mit einem größeren Anteil an einer älteren und chronisch kranken Bevölkerung, geordneten Arbeitsbedingungen (wo relativ wenige Menschen als Tagelöhner leben und jeden Tag aus dem Haus gehen müssen, um zu überleben) und mehr Lebensraum (in einem Slum mit enormer Bevölkerungsdichte macht eine Absperrung keinen Sinn bzw. kann sie mehr schaden als nützen).

Eine Analyse des Center for Infectious Disease Research and Policy der University of Minnesota warnt vor einem "Schneeball"-Effekt des Lockdowns am Beispiel der Verbreitung von Tuberkulose in Indien: "Ein Lockdown, der die Tuberkulose-Diagnose, -Behandlung und -Prävention für zwei Monate unterbricht, gefolgt von den zwei Monaten, die es braucht, um die normalen TB Dienste wieder in Gang zu bringen, könnte zu einem schnell wachsenden Pool von unentdeckten und unbehandelten TB-Patienten führen. Weitere 1,8 Millionen TB-Fälle und 342.000 Todesfälle könnten in den nächsten fünf Jahren weltweit auftreten.

Eine aktuelle Untersuchung des Oxfam-Instituts besagt, dass: "Überall auf der Welt hat das Virus enorme wirtschaftliche Auswirkungen, da die Volkswirtschaften stillgelegt werden, um die Ausbreitung der Krankheit zu stoppen.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass 25 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen könnten, und das ist wahrscheinlich eine erhebliche Unterschätzung. Ausgangssperren und Abriegelungen verursachen unsagbare wirtschaftliche Not. Man geht davon aus, dass die Arbeiter bis zu 3,4 Billionen Dollar an Einkommen verlieren. In Ländern wie Kenia und Kambodscha werden Zehntausende von Fabrik- und Landarbeitern aufgefordert, nach Hause

zu gehen. Arbeiterinnen sind mit am stärksten betroffen, da sie eher in informellen und prekären Arbeitsverhältnissen tätig sind. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat bereits gesagt, dass die Welt auf eine Rezession zusteuer, die größer ist als die durch die globalen Finanzkrise im Jahr 2008.

Der Punkt, der zwischen den Zeilen ausgesprochen wird, ist, dass es nicht die Tödlichkeit des Virus selbst ist, die unsägliche wirtschaftliche Not" verursacht, die Tausende das Leben kosten könnte, sondern die politische Entscheidung für eine Abriegelung, die fast global umgesetzt wird, aber in erster Linie von den Bedenken der entwickelten Welt getragen ist. Die Strategien zur Bekämpfung von COVID 19, hätten sich viel stärker an lokalen Kontexten orientieren müssen. Die Lockdown-Strategie war vielleicht gerechtfertigt für ältere Gesellschaften, die gleichzeitig ein grundlegendes soziales Sicherheitsnetz für diejenigen bieten können, die ihr Einkommen durch den wirtschaftlichen Stillstand verlieren würden. Für die Länder mit deutlich jüngerer Bevölkerung, die gleichzeitig auch die Länder sind, in denen der größte Teil der Bevölkerung von der täglichen Arbeit für ihren Lebensunterhalt abhängt und die in einer größeren Familie auf kleinerem Raum leben, wird die Lockdown-Strategie wahrscheinlich weit mehr Schaden anrichten als selbst die Worst-Case-Szenarien von COVID 19. Die anfängliche Unterstützung für die Lockdown-Strategien in der entwickelten Welt lässt sich zurückführen auf die Kombination aus der Herstellung von Angst um das Leben und die Gesundheit, dem Vorhandensein relativ starker sozialer Sicherheitsnetze, welche die Ängste um wirtschaftliche Zukunft und Überleben eindämmen konnten und einem ethischen Erpressungsdiskurs, der die Nichtbeachtung einer Abriegelung mit der vorsätzlichen Schädigung "gefährdeter Gruppen" gleichsetzte, wobei gefährdete Gruppen in Bezug auf die Anfälligkeit für das COVID 19-Virus definiert wurden und nicht in Bezug auf die Anfälligkeit gegenüber den schädlichen wirtschaftlichen Auswirkungen des Lock-Down. Das Monopol über die inklusive Definition der gefährdeten Gruppen während der COVID 19-Krise hat einmal mehr die diskursive Hegemonie der sozialen Konzepte gezeigt, die aus den Kontexten der entwickelten Welt stammen.